



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/180 - 7.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|---|------|
| Die Internationale und die sozialistischen Parteien Asiens | S. 1 |
| Zum Streit um die Militärdienstzeit in Belgien | S. 3 |
| Jeder wie er kann... | S. 5 |

Lenins Schatten beginnt zu weichen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Mit der zündenden Losung des "Kampfes gegen den Kolonial-Imperialismus" gewann die bolschewistische Revolution die Herzen und die Sympathien von Millionen Asiaten. In Asien, das die Hälfte der Menschheit bewohnt, errang denn auch der Bolschewismus seine tiefsten Einbrüche. Völker, die jahrhundertlang unter Kolonialherrschaft standen, erblickten in der Sowjet-Union ihren natürlichen Bundesgenossen und in der bolschewistischen Theorie den Kompaß für ihren Befreiungskampf. Heute beginnt Lenins gewaltiger Schatten in den noch nicht bolschewistischen Gebieten Asiens zu weichen. Die Entwicklung der Sowjet-Union vom einstigen revolutionären Arbeiter- und Bauernstaat zur allmächtigen Diktatur lehrt die um die Neugestaltung ihres nationalen und staatlichen Lebens ringenden Völker, nicht einen Weg zu beschreiten, der unvermeidlich zum Verlust all' der Freiheiten und Werte führt, um deretwillen sie die Vorherrschaft der europäischen Kolonialmächte abgeschüttelt haben oder abzuschütteln im Begriffe sind. Das Licht kommt nicht von Moskau.

Zu den wenigen geistigen Kräften des Westens, die die weltweite Bedeutung dieser revolutionären Umwälzungen erkannt haben und versuchen, in Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den aufstrebenden freiheitlichen Kräften Asiens die Entwicklung in demokratischem Sinne zu beeinflussen, gehört die Sozialistische

Internationale. Schon auf dem Frankfurter Gründungskongreß sah man viele Vertreter fremder Rassen und Zungen. Erstmals hatten sie daran teilgenommen und erst ihre Teilnahme gab dieser denkwürdigen Tagung das Gepräge wahrer Internationalität. Den kommenden Kongreß der Sozialistischen Internationale am 16. und 17. Oktober in Mailand wird die Frage der Beziehungen zu den sozialistischen Parteien Asiens ganz beherrschen. Eine entscheidende Frage, beinhaltet sie doch die ganze Problematik der Mitarbeit verschiedener Rassen, und Ressentiments auf allen Seiten sind zu überwinden; immer noch begegnet man in Asien dem Westen mit Mißtrauen. Die schuldbeladene Vergangenheit der europäischen Kolonialmächte hat sich tief in das Bewußtsein von Indern und Indonesiern eingegraben, ein unseliges Erbe, das selbst die Sozialisten Englands und Hollands in ihrem Verhältnis zu den asiatischen Freunden noch belastet.

Immerhin: Fruchtbare Ansätze einer ständigen Fühlungnahme zwischen den sozialistischen Parteien Europas und jenen der farbigen Welt wurden getan. Mailand dürfte in dieser Hinsicht noch mehr bringen. Das bestimmende Motiv ist die Erkenntnis, daß in einer gegenseitig abhängigen Welt Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und soziale Sicherheit und Aufstieg nicht gedeihen, ja bedroht sind, wenn große Teile der Menschheit in Elend und Unwissenheit, in Hunger und Schmutz verkommen. Die Zeiten, da sich die Kolonialvölker mit ihrem Los apathisch zufrieden gaben und es als unabänderlich hinnahmen, sind vorbei. Auch sie betreten nun die geschichtliche Bühne, verlangen ihr Recht auf Selbstverwirklichung und ihren Anteil an den Gütern der Erde.

Von den sozialistischen Parteien Asiens sind jene von Japan und Indien der Internationale angeschlossen. Verhandlungen über den Beitritt der sozialistischen Partei Burmas, einer der stärksten und einflußreichsten Asiens, sind seit langem im Gange. Von dem Ausgang dieser auf der Grundlage der Frankfurter Deklaration geführten Gespräche hängt der Anschluß der sozialistischen Parteien Indonesiens und anderer asiatischer Länder ab. In all' diesen Ländern besteht eine schärfere Kampfsituation als in Europa. Die Gefahr der Bildung einer besonderen Asiatischen Internationale ist noch lange nicht überwunden. Es wird besonderes Einfühlungsvermögen und Taktos bedürfen, um zu einer fruchtbaren und dauernden Zusammenarbeit zwischen Ost und West, zwischen Weißen und Farbigen zu gelangen. Der demokratische Sozialismus des Westens mit seiner reichen Tradition und die jungen revolutionären Bewegungen Asiens, die im wahrsten Sinne des Wortes erst die Grundlagen für eine stetige und fortschrittliche Entwicklung ihrer Länder schaffen müssen, haben einander viel zu geben.

Die belgischen "Meuterer"

P.H.-Brüssel

Die kürzlichen Soldatendemonstrationen in den belgischen Kasernen von Brüssel, Namur, Charleroi und bei der in Köln stationierten belgischen Artillerie haben in Belgien nahezu eine politische Einheitsfront gegen die Europaarmee geschaffen. Parteiführer und Presse, freie und christliche Gewerkschafter entschuldigen mit wenigen Ausnahmen die Demonstrationen, obwohl sie nach dem Militärstrafgesetz stellenweise bis zur Meuterei gingen. Ebenso einmütig werden als der wirklich Schuldige das Kommando der Europaarmee und die französischen und englischen Staatsmänner bezeichnet, die seinerzeit die belgische Regierung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit veranlaßten.

Man forderte vom kleinen Belgien diese zweijährige Dienstzeit unter Hinweis darauf, daß Belgien, um gleichberechtigter Europa- und NATOpartner zu sein, eine gewisse Soldatenzahl unter Waffen haben müsse. Man behauptete, daß die NATOstaaten gleichmäßige Dienstzeiten, und zwar von zwei Jahren, einführen würden. Man hat zwar demgemäß im Artikel 72 des Vertrages über die Europaarmee die Gleichmäßigkeit der Dienstzeit festgelegt, aber weder Frankreich noch andere Staaten haben bisher daran gedacht, dem belgischen Beispiel der zweijährigen Dienstzeit zu folgen. Der belgische Verteidigungsminister mußte in der Verteidigungsdebatte im belgischen Parlament auf sozialistisches Drängen hin zugeben, daß Belgien sich mit Recht durch die Nichteinhaltung der Versprechen der übrigen NATOmächte, ihre Dienstzeit heraufzusetzen, betrogen fühle.

Auch die belgische Regierung war sich darüber klar, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar sei. Sie hatte versprochen, im September auf der NATOkonferenz mitzuteilen, daß nunmehr auch Belgien sich nicht mehr an seine Verpflichtung zur zweijährigen Dienstzeit gebunden fühle. Aber schon im Juli liefen für einen Teil der Soldaten die 18 Monate ab, die von der belgischen sozialistischen Opposition und auch von dem Teil der Regierungspartei, der den christlichen Gewerkschaften nahesteht, als Höchstdienstgrenze betrachtet wird. Den "alten Knochen" riß die Geduld. Sie sangen die Internationale, kamen nicht zum Appell, warfen Stühle und Glühbirnen aus den Fenstern, und gaben erst dem Zureden ruhiger Offiziere, an anderen Stellen dem

Eingreifen der mobilen Gendarmerietruppe, nach.

Ebenso einig, wie sich die belgischen Parteien und Zeitungen darüber sind, daß die NATO- und Europaarmeeverpflichtungen die Schuld an diesen Zwischenfällen tragen, ebensoeinig sind sie sich darüber, daß die Soldaten keinen kommunistischen Einflüsterungen gehorchten, daß jedoch die Kommunisten seit dem Bekanntwerden der ersten Demonstrationen krampfhaft versuchen, die Bewegung für ihre Zwecke einzufangen. Man konnte vor einigen Kasernen Funktionäre der kommunistischen Jugend festnehmen, die auf die Nachricht von den Demonstrationen herbeigeeilt waren, Flugblätter verteilen und Reden halten wollten. Kleine, kurzfristige "Sympathiestreiks" brachen zwar in Lüttich und im Kohlenrevier aus - aber sie blieben ohne Bedeutung.

Ob es zu neuen Unruhen kommen wird oder ob das Militär sich endgültig beruhigt, wird von der Haltung der Regierung abhängen, d.h. davon, ob sie die fast zwei Jahre dienenden Soldaten für die letzten Monate beurlauben und den Kriegsgerichten bei ihrer Verfolgung der "Meuterer" weitestgehende Zurückhaltung empfehlen wird. Eines aber kann durch keine Regierungsmaßnahmen beseitigt werden: Das außerordentlich gestärkte Mißtrauen gegen die Großmächte, die NATO und die Europaarmee-Pläne, das in allen politischen Lagern entstanden ist. Selbst die Blätter der christlichsozialen Regierungspartei sprechen von "übereilten Verpflichtungen", die vorangegangene belgische Regierungen übernommen haben und fordern eine weitgehende Revision des belgischen Standpunktes zu der NATO wie zum Vertrag über die Europaarmee.

+ + +

Kurze Antwort

(sp) Der Pressedienst der Partei des Bundeskanzlers hat gegen einen Artikel im Sozialdemokratischen Pressedienst polemisiert - an sich kein neuer oder erstaunlicher Vorgang. Der Grund: In dem beanstandeten sozialdemokratischen Beitrag war, dem Sinne nach, ein Kausalzusammenhang zwischen der Unterschrift des Bundeskanzlers unter die Westverträge und der seitdem augenfällig verschlechterten Lage der Bevölkerung in der Sowjetzone behauptet worden. Das zeitliche Zusammenfallen beider Ereignisse kann natürlich nicht bestritten werden. Die ursächliche Verbindung mag man leugnen, ob mit Erfolg, hängt von der größeren oder geringeren Gutgläubigkeit derer ab, denen so viel Naivität zugemutet wird. Geradezu kindlich aber ist es, zu sagen, das, was sich jetzt in der sowjetischen Besatzungszone tut, wäre selbstverständlich (und womöglich zur selben Zeit!) auch geschehen, wenn es den Anlaß des Vertragssystems nicht gegeben hätte. Warum trat alles das, was wir jetzt erleben, dann nicht schon früher ein?

Es ist von sozialdemokratischer Seite nicht, wie in der CDU-Darstellung behauptet wird, der Regierung der Vorwurf gemacht worden, sie habe "vor einer bolschewistischen Erpressungspolitik nicht kapituliert". Wohl ist ihr aber vorgeworfen worden, sie habe durch ihre Politik die Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands wesentlich verschlechtert, ja die Gefahr einer verhärteten und immer schwerer zu beseitigenden Teilung Deutschlands heraufbeschwören helfen. Man kann auf diese Meinung schließlich nicht deshalb verzichten, weil sie der Bundesregierung unangenehm ist. Aber es ist ja leider seit langem so, daß die Opposition schon deshalb beschimpft und verdächtigt wird, weil sie die Politik der Bundesregierung für falsch und gefährlich hält, ja die Stirn hat, das zu sagen und zu begründen. In diesem Fall empört sich der Dienst der CDU u.a. mit fünfmaligem wütendem Gebrauch des Wortes "Diffamierung" (der Regierung durch die bösen Sozialdemokraten) und anderen kompakten Beschuldigungen unter großzügigem Verzicht auf jedes sachliche Argument. Dafür wird dann der oppositionellen Kritik "ein bedauerlich tiefes Niveau" bescheinigt. Jeder wie er kann.

Verantwortlich: Peter Rauau